

SVP fordert «umfassende Neutralität»

Die Schweiz soll sich aus dem Nato-Programm «Partnerschaft für Frieden» zurückziehen

Von Beni Gafner, Bern

Die SVP strebt gemäss druckfrischem Grundsatzpapier die Rückkehr der Schweiz zu einem umfassenden Neutralitätsverständnis an, wie dieses bis Mitte der 1980er-Jahre auch vom Bundesrat getragen wurde. Unter der damit eingeforderten «umfassenden Neutralität» versteht die Partei mehr als nur eine rein juristisch und militärisch ausgelegte Neutralität, wie sie der Bundesrat heute praktiziert. Diese kommt erst dann zur Anwendung, wenn es zwischen zwei Staaten zum Krieg kommt. Nach Vorstellung der SVP soll demgegenüber die «umfassende Neutralität» den Bundesrat in dessen ausserpolitischen Handeln «jederzeit zur Unparteilichkeit und Nichteinmischung gegenüber anderen Staaten verpflichten».

Im Grundsatzpapier, das von der Parteileitung kürzlich verabschiedet wurde und das der Basler Zeitung vorliegt, formuliert die SVP konkrete Forderungen. Diese orientieren sich einerseits am früheren Neutralitätsverständnis der Schweiz und nehmen andererseits direkt Bezug auf die aktuelle Geopolitik der Grossmächte. Vor dem Hintergrund der Kriege in Syrien, im Irak und in Afghanistan, vor allem aber angesichts des neuen Machtpokers zwischen dem Westen und Russland, erscheinen diese Forderungen politisch brisant.

Schleichend der Nato beigetreten

So verlangt die SVP unumwunden «die Einstellung der militärischen Auslandseinsätze, damit wir nicht in fremde Konflikte hineingezogen werden und Schweizer Soldaten möglicherweise ihr Leben in einem fremden Konflikt verlieren». Ebenso fordert die SVP den Austritt aus dem Nato-Programm «Partnerschaft für den Frieden» (PfP), dem die Schweiz 1996 unter dem Eindruck des beendeten Kalten Krieges beitrug. Das PfP-Programm sei zur schleichenden Einbindung in die Nato entwickelt worden, um eine offizielle Mitgliedschaft vorzubereiten und Nicht-Nato-Mitglieder ohne Formalitäten in dieses Militärbündnis einzubinden, heisst es im SVP-Papier.

Die Partei verlangt, dass Militärübungen mit fremden Staaten und Militärbündnissen insbesondere dann zu unterlassen seien, «wenn sie als Drohkulisse in einem schwebenden Konflikt wirken». Zuletzt hatte die Schweizer Armee im Mai an einem militärischen Grossmanöver über Norddeutschland teilgenommen, das Politiker und militärische Vertreter Deutschlands, der Nato



Die SVP will sie heimholen. Schweizer Soldaten im Auslandseinsatz in Orahovac (Kosovo), 2008. Foto Österreichisches Bundesheer

und der EU wegen der Ukraine-Krise «als Zeichen der Stärke gegenüber Russland» interpretierten. In der Schweiz sorgte die Teilnahme der Luftwaffe am Grossmanöver im Frühling für Ärger und Kritik.

Toni Brunner will Exit-Strategie

Der BaZ sagt SVP-Präsident Toni Brunner am Wochenende, die Schweiz sei durch diese «Partnerschaft für den Frieden» heute faktisch Nato-Mitglied. Nur noch «de jure», also rein rechtlich betrachtet, sei die Schweiz Nichtmitglied dieses Militärbündnisses. Übungseinsätze der Armee, wie jener im Frühling über Norddeutschland, bezeichnet Brunner als «verheerend für die neutrale Schweiz». Als «immerwährend und bewaffnet neutrales Land» dürfe die Schweiz ihre Armee «nicht im Vorhof der Nato trainieren lassen» und damit im laufenden West-Ost-Konflikt zur Partei verkommen. Die SVP verlange vom Bundesrat eine Exit-Strategie. «Wir wollen wissen, wie sich die Schweiz aus dieser Nato-Umarmung lösen kann», sagt Brunner. Das Verhältnis zu Russland solle demgegenüber «so belassen werden, wie es ist».

Die Wirtschaftssanktionen der EU gegen Russland bezeichnet Brunner als Angriff. «Wenn die Schweiz diese Sanktionen nach EU-Vorbild ebenfalls ergreift, nimmt uns Russland nicht mehr als neutralen Staat wahr», sagt Brunner. Der SVP-Präsident kritisiert dabei auch heftig Nationalratspräsident

Ruedi Lustenberger (CVP). Der Vorsitzende der russischen Staatsduma, Sergej Naryschkin, hätte Ende September im Rahmen des 200-Jahr-Jubiläums der diplomatischen Beziehungen zwischen der Schweiz und Russland kommen sollen. Die Parlamentsdienste hatten das Treffen mit Lustenberger kürzlich aber abgesagt, mit der Begründung, dass ein solches momentan «nicht opportun» wäre. Brunner bezeichnete die Ausladung Naryschkins «als etwas vom Dümmlsten, was man in einer solchen Situation als Neutraler tun kann». Man erschwere sich damit eine glaubwürdige Rolle als neutrale Vermittlerin im Bedarfsfall.

In ihrem Neutralitätspapier beleuchtet die SVP die Problematik grundsätzlich. «Da heute kaum mehr offiziell Kriege erklärt werden und daher kaum mehr völkerrechtlich definierte Kriege stattfinden, ist es umso wichtiger, dass ein neutraler Staat wie die Schweiz auch bei modernen Formen kriegerischer Handlungen und bei jeglichen schwebenden Konflikten umfassend unparteiisch bleibt. Auch das einseitige Kommentieren von Ereignissen, sowie einseitige symbolische und diplomatische Handlungen wie im Fall der Ukraine widersprechen der Neutralität.» Die Nichteinmischung solle auch hier als oberstes Gebot gelten.

In ihrem Grundsatzpapier definiert die SVP Neutralität somit als umfassende Unparteilichkeit. Neutralität meine demnach «eine generelle Nicht-

einmischung, Nichtbeteiligung» und gleichzeitig eine «Gleichbehandlung aller Konfliktparteien». Entsprechend hätten sich Schweizer Regierungsvertreter nicht nur bei Kriegen, sondern «bei allen Konflikten, Konfrontationen, Disputen, Kontroversen und Machtspielen jeglicher Art zurückzuhalten» – ob diese nun «politisch, rassistisch, ideologisch, religiös oder wirtschaftlich» ausgelöst worden seien. Dies bedeute aber nicht, dass man entsprechende Vorgänge gutheisse oder keine eigene Meinung habe – wohl aber, «dass man alle Konfliktparteien respektiert und man dadurch als integrierender Ansprechpartner ernst genommen wird».

Distanz und Bescheidenheit

Nach Einschätzung der SVP sind moderne Konfliktformen oft komplex und unübersichtlich. Der Konfliktverlauf sei dynamisch und unvorhersehbar. «Wer heute verfeindet ist, ist morgen verbündet. Rebellen werden zur Regierung, Regierungen werden zu Staatsfeinden, Staatschefs zu Despoten und umgekehrt.» In einem solchen Umfeld könne man nicht erst dann neutral sein, wenn bewaffnete Konflikte tatsächlich ausgebrochen seien. Neutralität müsse schon vorher gelebt werden, «das heisst in Zeiten, in denen Konflikte noch nicht ausgebrochen und eben unvorhersehbar sind». Gefragt seien wieder Werte wie Diskretion, Stillschweigen, Zurückhaltung, Distanz und Bescheidenheit.

Ecopop kommt gar nicht gut an

Parteien fassen Nein-Parole

Bern. Die Ecopop-Initiative erhält keinen Suktors. SVP, Grüne, BDP und EVP haben dem Volksbegehren an ihren Delegiertenversammlungen vom Wochenende eine Absage erteilt. Die SVP beschloss mit 298 zu 80 Stimmen die Nein-Parole zur Initiative, über die am 30. November abgestimmt wird. Fraktionspräsident Adrian Amstutz warnte vor Querschlägen gegen die eigene Zuwanderungs-Initiative. Die Grünen teilten zwar die Sorge einer Überbeanspruchung der natürlichen Ressourcen mit den Ecopop-Initianten; dass sich die Initiative auf die Zuwanderung beschränke, sei aber keine Lösung. Die Nein-Parole wurde mit 106 gegen 2 Stimmen bei 8 Enthaltungen gefasst. Die Delegierten der BDP lehnten die Initiative mit 92 zu 2 Stimmen bei 3 Enthaltungen ab. Die Initiative schiesse über das Ziel hinaus, sei extrem, kolonialistisch und gefährlich, sagte der Genfer BDP-Präsident Charles Piguet. Die EVP erteilte der Initiative mit 67 zu 7 Stimmen eine Absage. SDA

Nachrichten

SVP umwirbt Grünliberale

Bern. SVP-Präsident Toni Brunner reicht mit Blick auf die Wahlen 2015 der Grünliberalen Partei die Hand. In einem Interview mit der *Schweiz am Sonntag* fordert er sie auf, über Listenverbindungen mit SVP und FDP nachzudenken. Es gehe darum, das bürgerliche Lager in der kommenden «Richtungswahl» zu stärken, sagt Brunner. SDA

KV Schweiz für Reformen

Bern. KV Schweiz fordert einen neuen Finanzierungsschlüssel für die höhere Berufsbildung. Zudem müsse der Wert der Bildungsabschlüsse national wie international transparent dargestellt werden. Akademische Titel werden abgelehnt, weil sie die Berufsbildung schwächen würden. SDA

Wetter belastet Bahnen

Bern. Das schlechte Juli-Wetter hat bei den Bergbahnen zu hohen Einbussen geführt. Am härtesten traf es die Ostschweizer Betriebe, die im Vergleich zur Vorjahresperiode einen Umsatzeinbruch von mehr als 37 Prozent hinnehmen mussten. Dies zeigt eine Umfrage des Verbands Seilbahnen Schweiz bei 50 Bergbahnen. SDA

ANZEIGE

**Kleiner Preis, grosse Wirkung.
Brille: Fielmann.**

Fielmann zeigt Ihnen die ganze Welt der Brillenmode – zum garantiert günstigsten Preis. Denn er gibt Ihnen die Geld-zurück-Garantie. Sehen Sie ein bei Fielmann gekauftes Produkt noch 6 Wochen nach dem Kauf anderswo günstiger, nimmt Fielmann die Ware zurück und erstattet den Kaufpreis.*

Moderne Komplettbrille
mit Einstärkengläsern, 3 Jahre Garantie. CHF 47⁵⁰

Sonnenbrille in Ihrer Stärke
Metall oder Kunststoff, Einstärkengläser, 3 Jahre Garantie. CHF 57⁵⁰

***Geld-zurück-Garantie**
Sehen Sie das gleiche Produkt innerhalb von 6 Wochen nach Kauf anderswo günstiger, nimmt Fielmann den Artikel zurück und erstattet den Kaufpreis. **Brille: Fielmann.**

fielmann
www.fielmann.com

Brille: Fielmann. Internationale Brillenmode in Riesenauswahl zum garantiert günstigsten Preis. Mehr als 600x in Europa. 31x in der Schweiz. Auch in Ihrer Nähe: 2x in **Basel:** Marktplatz 16/Ecke Gerbergasse, Telefon: 061/266 1620 und im Stüchi Shopping, Telefon: 061/633 2050. Mehr unter **www.fielmann.com**